Mitteilung

Amt: Amt für Steuerungsunterstützung

TOP: _____

Vorl.Nr.: M/2023/0895

Anlage Nr.: _____

Datum: 04.12.2023

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Rat	04.12.2023	öffentlich

Tagesordnung

Aktueller Stand Städte-Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“

Mitteilungstext

Die Stadt Hennef ist mit Beschluss des Rates vom 14.03.2022 der Städte-Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ beigetreten. Zielsetzung der Initiative mit derzeit 1011 Städten, Gemeinden, Landkreisen und ein Regionalverbänden ist eine Reform des Straßenverkehrsgesetzes und der Straßenverkehrsordnung hin zu mehr Einflussmöglichkeiten für die Kommunen zur Gestaltung der Verkehrswende vor Ort, vor allem hinsichtlich einer erleichterten Anordnung von „Tempo 30“ in bewohnten Gebieten, aber etwa auch von Fußgängerüberwegen, im Hinblick auf städtebauliche Aspekte und den Klimaschutzziele.

Im Nachgang zur Sitzung des Bundesrates vom 24.11.2023 und der Ablehnung der vom Bundestag beschlossenen Änderung des Straßenverkehrsgesetzes durch die Mehrheit der Bundesländer veröffentlichte die Initiative folgende Stellungnahme:

Straßenverkehrsrechtsreform im Bundesrat gescheitert

Der Bundesrat hat heute die vom Bundestag beschlossenen Novelle des Straßenverkehrsgesetzes (StVG) gestoppt. Ohne Mehrheit für das StVG wurde anschließend auch die Entscheidung zur Straßenverkehrsordnung (StVO) von der Tagesordnung genommen. Beide Gesetze können damit nicht in Kraft treten. Die Initiative reagiert mit Enttäuschung auf das Ergebnis.

„Wir können den über 1000 Kommunen der Initiative nicht vermitteln, warum weiter verhindert wird, dass Ziele des Klima- und Umweltschutzes, der Gesundheit und der städtebaulichen Entwicklung ins Straßenverkehrsrecht aufgenommen werden“, erläutert Thomas Dienberg, Sprecher der Initiative und Bürgermeister für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig. „Jetzt müssen schnell Lösungen her, damit der enttäuschende Umgang mit dem Straßenverkehrsrecht nicht seinen Teil zur Politikverdrossenheit beiträgt.“

„Die geplante Straßenverkehrsrechtsreform hätte die Forderungen der Kommunen bei weitem nicht alle erfüllt, sondern vor allem künftigen Verbesserungen den Weg geebnet. Dass gerade im Bundesrat dieser schmale Einstieg zur Veränderung keine Mehrheit findet, können die für eine Verkehrs- und Mobilitätswende und für sicheren Straßenverkehr engagierten Menschen sicher nicht verstehen“, ergänzt Frauke Burgdorff, stellvertretende Sprecherin der Initiative und Stadtbaurätin in Aachen. „Aber nun erst recht! Die Initiative wächst weiter kräftig. Wir werden uns mit der Unterstützung unserer Kommunen im Rücken künftig noch mehr ins Zeug legen, damit die Versprechungen aus dem Koalitionsvertrag bald erfüllt werden.“

Der weitere Fortgang des Gesetzgebungsverfahrens bleibt abzuwarten. Bis dahin gelten für die Stadtverwaltung Hennef weiterhin die strikteren Regelungen von Straßenverkehrsgesetz und Straßenverkehrsordnung.

Hennef, den 04.12.2023

Mario Dahm
Bürgermeister